



„UMwelt SOzial BESSER –
Umwelt- und Sozialpolitik besser verknüpfen!“

SOZIALE ASPEKTE bei gesellschaftlich relevanten Themen

Inhalt

- Ernährung 3
- Klima 4
- Energie 5
- Mobilität 6
- Migration und Flucht 7
- Gesundheit 8
- Bildung 9
- Arbeitsmarkt 10
- Verteilungsgerechtigkeit 11
- Beteiligte Organisationen 12

Einleitung

Im Kampf gegen die Herausforderungen aktueller Krisenerscheinungen, wie etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Klima- und Energiekrise und die soziale Krise, müssen soziale und ökologische Anliegen miteinander in Einklang gebracht werden. Bisher laufen Diskussionen und Erkenntnisprozesse aber parallel und fast ohne jede Beziehung zueinander ab. Schlimmer noch: Häufig werden soziale und ökologische Anliegen als Gegensatz gesehen. Eine gute, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik kann jedoch nur gemeinsam mit einer ebenso guten Sozialpolitik funktionieren.

Wie diese beiden Politikfelder miteinander verschränkt sind, soll in dieser Broschüre aufgezeigt werden. Gesellschaftlich relevante Themen, wie etwa Energie, Ernährung und Beschäftigung, wurden ausgewählt und im Zuge eines mehrmonatigen Diskussionsprozesses von Teams aus VertreterInnen der Umwelt- und Sozial-NGOs bearbeitet.

Sozial handeln, heißt den Menschen respektieren

Die Broschüre stellt ein vorläufiges Ergebnis eines Diskussionsprozesses dar. Die Ergebnisse dieses inhaltlichen Austausches haben keinen Anspruch darauf, eine fertige Lösung der anstehenden Probleme zu sein. Sie sind vielmehr als Mosaiksteine zu verstehen, welche ein noch unvollständiges Bild einer Entwicklung in Richtung einer zukunftsfähigen Gesellschaft skizzieren. Die Ergebnisse sollen als Anstoß zur Diskussion und Weiterentwicklung, zur Zusammenarbeit zwischen den betreffenden AkteurInnen und zur Umsetzung konkreter Projekte dienen.

Dieser Teil der Broschüre beleuchtet soziale Blickwinkel auf gesellschaftlich relevante Themen. Wenden Sie die Broschüre, finden Sie dieselben Themen aus ökologischem Blickwinkel betrachtet. Der Mittelteil der Broschüre ist eine Synthese beider Perspektiven und verknüpft gemeinsame umwelt- und sozialpolitische Anliegen, die von den AutorInnen der Broschüre gemeinsam formuliert wurden.

Impressum: Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: ÖKOBÜRO – Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen, Volksgartenstraße 1, A-1010 Wien, Tel. +43 1 524 93 77, Erscheinungsort: Wien, ZVR: 873642346, Für den Inhalt verantwortlich: Markus Piringer (ÖKOBÜRO), Michaela Moser (ASB), Judith Pühringer (bdv), Martin Schenk (Diakonie), Heinz Högelsberger (GLOBAL 2000), Philipp Sonderegger (SOS Mitmensch), Margit Appel (KSÖ), Text und Lektorat: Astrid Breit, Redaktion: Gabriele Pekny, Layout: Hannes Hofbauer, Bildbearbeitung: Steve Wyckoff, Fotos: iStockphotos (Cover, S.3 – S.12). Gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ – Druckerei Janetschek GmbH, UWNr. 637. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Ernährung

In reichen Ländern wie Österreich wird Armut kaum mit Hunger gleichgesetzt. Im Rahmen laufender Erhebungen der Armutsstatistik wird jedoch auch nach Ernährungsmöglichkeiten gefragt. Ausgaben für Ernährung zählen neben Wohnen und Energie zu den Hauptposten im Haushaltsbudget von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Ein Blick auf Studien zur Ernährungsarmut zeigt, dass heutzutage vor allem der Zugang zu frischem Obst und Gemüse das größte Unterscheidungsmerkmal im Ernährungsverhalten unterschiedlicher Einkommenschichten darstellt. Neben der physischen nimmt die Armutsforschung auch die soziale Dimension von Ernährung in den Blick.

Obwohl der Zusammenhang von mangelnder Gesundheit und Ungleichheit weit besser zu belegen ist als jener von falscher Ernährung und chronischen Krankheiten, werden armutsbetroffene Menschen häufig selbst für gesundheitliche Probleme verantwortlich gemacht. Aufgrund schlechter Ernährung würden sie zu Übergewicht neigen, damit ihrer eigenen Gesundheit schaden und das Gesundheitssystem belasten. Der Glaube an die alleinige Wirksamkeit von Information und Aufklärung ist in diesem Zusammenhang genauso abzulehnen, wie das Bestreben „falsches“ Essverhalten durch staatliche Sanktionen zu steuern.

Ernährungssicherheit gilt seit den späten 1950er-Jahren in den reichen Ländern Europas als Tatsache. Mit der Verbreitung von Sozialmärkten, die „Wegwerf- bzw. Restware“ verbilligt an Bedürftige vergeben, mehren sich jedoch die Zeichen für eine Bedrohung dieser Situation. Sozialmärkte sind eine Notlösung und dienen der Symptombekämpfung. Deren stigmatisierende Wirkung auf Betroffene werden dabei genauso außer Acht gelassen, wie globale Probleme wie etwa Überproduktion und Spekulation.

Ernährungssouveränität, wie sie von Kleinbauern und -bäuerinnen des Südens entwickelt und gefordert wird, um das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen in der Ernährungspolitik zu stärken, ist auch für armutsbetroffene Menschen in Österreich zu garantieren.



Klima

Weltweit gesehen zählen reiche Menschen und Staaten zu den HauptverursacherInnen des Klimawandels, während die Armen zu den Opfern gehören. Diese grundlegende Ungerechtigkeit gibt es aber nicht nur weltweit, sondern auch hier bei uns in Österreich. WissenschaftlerInnen des Joanneum Research, einem anerkannten österreichischen Forschungsinstitut, haben dies im Auftrag von GLOBAL 2000 auch mengenmäßig nachgewiesen: Reiche tragen stärker zum Klimawandel bei. Menschen aus dem obersten Einkommensviertel geben mehr Geld für Mobilität aus als andere. Sie besitzen mehr und größere Autos und machen aufwändigere Urlaubsreisen. Dadurch verursachen sie durchschnittlich etwa 4,5-mal mehr CO₂-Emissionen als Menschen aus dem untersten Einkommensviertel. Ähnlich ist die Situation beim Konsum: In besser ausgestatteten Wohnungen wird weniger klima-



freundlich geheizt – nämlich mit Heizöl und Gas. In schlechter ausgestatteten Wohnungen wird größtenteils mit Holz geheizt.

Arme sind vom Klimawandel stärker betroffen

Da ärmere Menschen höhere Anteile ihres Einkommens für Nahrungsmittel und Energie ausgeben müssen, sind sie von klima- und klimapolitikbedingten Preissteigerungen bei diesen Produktgruppen besonders betroffen. Sie haben weniger Möglichkeiten ihren Wohnraum zu isolieren oder energieeffiziente Elektrogeräte anzuschaffen. Damit fällt es ihnen schwer, den Energieverbrauch zu senken oder sich an höhere Temperaturen im Sommer anzupassen. Eine „gute“ Nachricht gibt es aber: Das ärmste Viertel der österreichischen Bevölkerung wohnt überwiegend in Gebieten, wo durch den Klimawandel der Heizbedarf verstärkt sinken wird.



Energie

In der Wohnung ist es kalt. Fürs Heizen ist kein Geld mehr da. Die Kinder tragen Wintermäntel, dicke Pullover und warme Schuhe. Die Familie spart bei den Heizkosten, weil sie noch die Miete zahlen muss, Schulsachen zum Kauf ausstehen und die Mutter noch ihre eigene Krankenversicherung nicht beglichen hat. Jetzt schon können es sich 214.000 Menschen in Österreich nicht mehr leisten, ihre Wohnung angemessen warm zu halten. Die Heiz- und Wohnkosten machen bei Haushalten mit weniger als 900 Euro Einkommen bereits 36 Prozent des monatlich verfügbaren Gesamtbudgets aus. Je weiter das Einkommen sinkt, desto höher ist dieser Anteil. Haushalte mit Minimaleinkommen geben mehr für Heiz- und Wohnkosten aus als für Essen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende. Ein Viertel der gesamten jährlichen Finanzhilfe aus den Soforthilfetöpfen der Hilfsorganisationen geht in Unterstützungen im Energiebereich.

Arme Haushalte zahlen zwischen 30 und 40 Prozent mehr für Energie als vergleichbare normale Haushalte. Der Grund dafür ist nicht etwa, dass arme Menschen höhere Tarife hätten. Bei Armen kommen aber häufiger Zusatzkosten wie Mahnspesen oder Kosten für Ab- und Wiederanschalten von Strom beziehungsweise Gas hinzu. Weitere Gründe für einen höheren Verbrauch sind,

dass die Wohnung wegen der Kinder den ganzen Tag lang warm gehalten werden muss oder Menschen wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder einer Behinderung generell mehr Zeit zu Hause verbringen. Zudem leben ärmere Menschen auch in den desolatesten Wohnungen mit undichten Fenstern und schlecht isolierten Wänden. Fehlendes Geld für energiesparende Geräte verteuert erst recht die Energiekosten.



Heizkostenzuschüsse werden oft nicht angenommen. In kleineren Gemeinden müssten die Betroffenen den Heizkostenzuschuss nämlich am Gemeindeamt beantragen. Und aus Angst vor einer Stigmatisierung lassen das viele bleiben. So nehmen von 265.000 Anspruchsberechtigten nur 166.000 Heizkostenzuschüsse in Anspruch.

Mobilität

Mobilitätsarmut engt die Bewegungsfreiheit ein. Mobilität ist das „Potenzial der Beweglichkeit“. Sie ist ein Grundbedürfnis, das bis zu einem gewissen Maß gesichert sein muss, damit Menschen einkaufen und arbeiten, FreundInnen treffen und am kulturellen Leben teilnehmen können.

Bildung. Die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen für Kinder ist für die Schulwahl entscheidend. In Österreich, wo die Bildungsentscheidung bereits mit zehn Jahren erfolgt, kommt der Schulwahl eine besondere Bedeutung zu. Wenn es keine gute öffentliche Verkehrsinfrastruktur gibt, sind Kinder und Jugendliche in ihrer Schulwahl massiv eingeschränkt.

Arbeit. Wenn die verkehrsbedingte Anbindung von Arbeitsmärkten nicht erfolgt, stehen mobilitätsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen im Abseits.

FreundInnen. Mobilität ist jedenfalls eine Möglichkeit, den sozialen Anschluss zu wahren. Mangelnde Möglichkeiten an unterstützender Verkehrsinfrastruktur zementieren Benachteiligungen und engen die Bewegungsfreiheit weiter ein.

Gesundheit. Armutsbetroffene sind dreimal so oft krank wie die Restbevölkerung, nehmen aber in wesentlich ge-

ringerem Ausmaß Gesundheitsdienste in Anspruch. Eingeschränkte Mobilität verschärft diese Tendenz noch weiter: besonders in ländlichen Gebieten, in denen die Versorgung mit FachärztInnen schlecht ist und größere Strecken zur nächsten Ambulanz, Krankenhaus oder ÄrztIn zurückgelegt werden müssen.

Kunst und Kultur. Armutsbetroffene besuchen um die Hälfte weniger kulturelle Veranstaltungen oder Einrichtungen wie Personen mit ausreichendem Einkommen. Die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ öffnet vielen Menschen am Rande der Gesellschaft die Türen zu Kino, Theater und Museen. Was aber das Problem für die meisten darstellt: Wie komme ich hin? Weder können sie sich die öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt leisten, noch die oft spärlich vorhandenen am Land.



Migration und Flucht

Die weltweite Integration der Märkte hat auch zum Anstieg von Migrationsbewegungen geführt – wenn auch nicht im erwarteten Ausmaß. Nach einer aktuellen Schätzung der International Organisation for Migration (IOM) leben heute insgesamt 200 Millionen Menschen außerhalb ihres Geburtslandes. Das macht drei Prozent der Weltbevölkerung aus. 20 bis 30 Millionen MigrantInnen sind laut IOM undokumentiert. Dazu kommen nach Berechnungen des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR derzeit weitere 42 Millionen Flüchtlinge weltweit.

Dieser Umstand hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Herkunftsländer von MigratInnen, und zwar sowohl negative als auch positive. Da gibt es zum einen den so genannten „Brain-Drain“ – die volkswirtschaftlichen Verluste durch die Auswanderung besonders ausgebildeter oder talentierter Menschen aus einem Land; weiters demografische Auswirkungen, wie etwa die Überalterung der Bevölkerung durch die Abwanderung junger Menschen und auch soziale Folgen, wie zerrissene Familien. Zum anderen zeigen sich aber auch positive Folgen: Vor allem in den Ländern des Südens leben ganze Landstriche von ArbeitsmigrantInnen, die zeitweise oder auf Dauer im Norden Erwerbsarbeit nachgehen und einen Teil ihres Lohns in



ihre Heimatdörfer schicken. 2008 betragen diese Überweisungen laut Weltbank 305 Milliarden Dollar, das sind fast zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes der so genannten Vierten Welt.

Auch in den Aufnahmeländern ergeben sich zahlreiche soziale und politische Auswirkungen. So haben diese aufgrund demografischer Veränderungen oft einen hohen Handlungsbedarf am Bildungssektor oder am Arbeitsmarkt. Darüber hinaus stellen sich demokratiepolitische Fragen: Heute beträgt der Anteil von Nicht-StaatsbürgerInnen an den europäischen Gesellschaften rund zehn Prozent. In Österreich bleiben MigrantInnen aufgrund der Bindung politischer und sozialer Rechte an die Staatsbürgerschaft der Eltern unter Umständen generationsübergreifend von zentralen Menschenrechten ausgeschlossen.

Gesundheit

Zahlen über die Sterblichkeit verdeutlichen die Ungleichheit vor dem Tod: Wer wenig Geld und sozialen Status hat, stirbt um sieben bis 14 Jahre früher als diejenigen mit höherem Einkommen und höherem Status. In allen Industrieländern konnte festgestellt werden, dass mit fallendem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung die Krankheiten ansteigen, dass in nahezu allen Gesellschaften die untersten Sozialschichten am häufigsten und schwersten erkranken und dass mit dem Abfall des Einkommens die Lebenserwartung deutlich sinkt. Soziale Ungleichheit verkürzt das Leben.



Die Gründe für das hohe Erkrankungsrisiko Ärmere sind vielschichtig: Leben am Limit macht Stress. Leben am Limit schwächt die Abwehrkräfte und das Immunsystem. Leben am Limit macht verletzlich. Finanzielle Not, Arbeitslosigkeit oder schlechte Wohnverhältnisse machen krank.

Umweltbelastungen

Ein überproportionaler Teil der Bevölkerung mit geringerem sozialem Status lebt an den Hauptstraßen des motorisierten Verkehrs mit mehr Lärm und mehr Schadstoffbelastung, was auf Dauer messbare Unterschiede in der gesundheitlichen Verfassung der betroffenen BewohnerInnen bewirkt.

Feuchtigkeit und Schimmel gehören bei immerhin zehn Prozent der Wohnbevölkerung in Österreich zum Wohnungsalltag und neun Prozent klagen über Luftverschmutzung in ihrer Wohnumgebung.

Hier stellen sich Fragen der Umweltgerechtigkeit. Wie sind Umweltbelastungen in der Bevölkerung verteilt? Fliegen Flugzeuge bei ihrem Start oder ihrer Landung über alle Köpfe oder überdurchschnittlich über solche von statusniedrigeren Gegenden? Werden große Straßen durch Viertel der Oberschichten gelegt?

Gesundheitliche Beschwerden haben auch viel mit den Arbeitsbedingungen der Betroffenen zu tun. Rückenschmerzen und Probleme mit dem Bewegungsapparat treten vermehrt auf, genauso Beschwerden mit den Atmungsorganen und Hautprobleme. Schlechte Arbeitsbedingungen machen krank.

Bildung

Menschen werden nicht in erster Linie durch formale Bildungsprozesse gebildet. Vielmehr passiert dieses „gebildet werden“ – im durchaus plastischen Sinn von „geformt werden“ –, durch die Art, wie unsere Gesellschaft organisiert ist und durch die Machtverhältnisse, die in sie eingeschrieben sind. Egal welche Benachteiligungen dem Menschen aufgrund seines Geschlechts, seines Migrationshintergrundes, seiner Wertevorstellung, seiner sozialen Stellung und seiner Verfügung über Ressourcen und Fähigkeiten erwachsen: Er wird zunächst einmal durch den Umstand gebildet, dass die sozialen Tatsachen ihn ergreifen.

Zukunftsfähige demokratische Bildungssysteme sollten in ihrer Ausrichtung und Wirkung Chancengleichheit herstellen, gegen soziale Ungleichheit wirken und soziale Mobilität ermöglichen, denn auch Bildungsarmut ist vererbbar.



Aus Theorie und Praxis emanzipatorischer politischer Bildung lässt sich eine Grundanforderung an jeden Bildungsprozess bzw. an jede BildungsakteurInnen gewinnen: An vorderster Stelle muss die Fähigkeit zur „Selbstaufklärung“ stehen. „Darüber nachzudenken, wie Sie geworden sind und was aus Ihnen werden soll, Ihr Verhältnis zur Gesellschaft geistig zu erfassen, das nenne ich Bildung“, so fasste Viktor Adler diesen Anspruch zusammen. Ohne diese Fähigkeit der „Selbstaufklärung“ entsteht kaum der Wunsch und die Fähigkeit zur Veränderung der eigenen Verhältnisse. Auch sozial-, arbeitsmarkt-, familien- oder umweltpolitische Maßnahmen sind dann nicht in der Lage, von oben herab jene gesellschaftlichen Verhältnisse zu erzielen, die auf der Ebene eines politisch-zivilgesellschaftlichen Dialoges als wünschens- und anstrebenswert definiert wurden.



Arbeitsmarkt

Ein Arbeitsplatz mit existenzsicherndem Einkommen gilt als eine der wesentlichsten Säulen der Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Erwerbsarbeit allein schützt jedoch nicht vor Armut. Der vielzitierte Grundsatz „Sozial ist, was Arbeit schafft“ gilt heute nicht mehr und ist mit Blick auf die steigende Anzahl an unsicheren, schlecht bezahlten und für bestimmte Gruppen gar nicht vorhandenen Arbeitsplätze abzulehnen. Die Zahl der „working poor“ ist stark im Ansteigen. Schon jetzt leben in Österreich 230.000 Menschen in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz und die der Kinder zu sichern.

Die derzeitige Arbeitsmarktpolitik jedoch ist stark am „Versagen“ des Individuums orientiert, sie arbeitet massiv mit Vorverurteilungen, Annahmen und Stereotypen. Arbeitslose bekommen den gesellschaftlichen Status von UnterstützungsempfängerInnen zugesprochen oder werden als faul, hoffnungslos, und „schwere Fälle“ stigmatisiert. Im Gegensatz zur dominierenden Individualisierung müssten jedoch die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden bzw. diese bedingenden gesellschaftlichen Verdrängungsprozesse stärker in den Blick genommen werden. Lebens- und Arbeitsmarktbiographien sind von zunehmenden Unsicherheiten, zahlreichen Wechselfällen



und nicht zuletzt von misslichen Lagen gekennzeichnet. Die damit verbundene Bedrohung von „Abstiegskarrieren“ trifft auf immer mehr Personen zu.

Die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden gesellschaftlichen Verdrängungsprozesse sollten stärker in den Blick genommen werden. Fragen wie die Umverteilung und Verteilungsgerechtigkeit von verschiedenen Formen der Arbeit, die Gestaltung der Arbeitszeit, das Verhältnis von Care-Tätigkeiten und politisch-gesellschaftlichen Tätigkeiten sollten analysiert und in größere gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet werden.

Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen qualitativ adaptiert und ausgestaltet werden, um Stereotypisierung zu vermeiden, den Lebensbiographien von Frauen und Männern gerecht zu werden, sowie deren gleichberechtigte Verwirklichungschancen am Arbeitsmarkt zu garantieren.

Verteilungsgerechtigkeit

Die Kluft zwischen arm und reich wächst. So belegt beispielsweise eine aktuelle Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD), dass sozio-ökonomische Ungleichheiten in drei Vierteln aller OECD-Länder in den letzten beiden Jahrzehnten zugenommen haben und dass Vermögen noch weitaus ungleicher verteilt sind als Einkommen. Die Zahlen des Sozialberichts 2007/2008 bestätigen dies auch für Österreich: Ein Zehntel der Bevölkerung besitzt mehr als die Hälfte des gesamten Geldvermögens. Dem obersten Tausendstel gehört soviel Vermögen, wie der gesamten unteren Hälfte aller Haushalte. ExpertInnen gehen von einer noch größeren Kluft aus, da sich besonders vermögende Personen weitgehend den entsprechenden Erhebungen entziehen.

Laut OECD sind vor allem demografische Veränderungen und Änderungen am Arbeitsmarkt als Hauptgründe für das Anwachsen der Kluft zu sehen. Sie empfiehlt, verstärkt in aktive Arbeitsmarktpolitik zu investieren. Renommierete ArmutsforscherInnen erklären die zunehmende „soziale Polarisierung“ mit einer Zunahme der Machtkonzentration vor allem in transnationalen Konzernen, deren wirtschaftliche Macht und Einfluss als schwerwiegendste ökonomische und soziale Veränderung des 20. Jahrhunderts zu sehen sind.

Über die weitreichenden negativen Auswirkungen bestehender Ungleichheiten sind sich so ziemlich alle einig. Durch zahlreiche Forschungsarbeiten der letzten dreißig Jahre lässt sich belegen, dass mit zunehmender Ungleichheit nicht nur psychische und physische Krankheiten, sondern auch Kriminalität, Übergewicht, Teenagerschwangerschaften und Drogenkonsum zunehmen. Außer Streit steht auch, dass mit der ungleichen Verteilung materieller Ressourcen auch eine Ungleichverteilung von sozialem Kapital, Anerkennung und Lebenschancen einhergeht. Diese, so die zentrale Erkenntnis aller wesentlichen Studien, schadet nicht nur den von Armut und Ausgrenzung direkt Betroffenen, sondern der ganzen Gesellschaft.



An der Umsetzung der Broschüre beteiligte sozialpolitische Organisationen

Folgende Mitgliedsorganisationen der Armutskonferenz,
dem Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung:

Dachorganisation asb



ASB Dachorganisation
der Schuldnerberatungen Österreichs



Bundesdachverband
für Soziale Unternehmen Österreich



Caritas Österreich



Diakonie Österreich



Volkshilfe Österreich



SOS Mitmensch



KSÖ Katholische
Sozialakademie Österreichs

www.armutskonferenz.at



„UMwelt SOzial BESSER – Umwelt- und Sozialpolitik besser verknüpfen!“

ÖKOLOGISCHE ASPEKTE gesellschaftlich relevanter Themen

Inhalt

Ernährung 3
 Klima 4
 Energie 5
 Mobilität 6
 Migration und Flucht 7
 Gesundheit 8
 Bildung 9
 Arbeitsmarkt 10
 Verteilungsgerechtigkeit 11
 Beteiligte Organisationen 12

Impressum: Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: ÖKOBÜRO – Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen, Volksgartenstraße 1, A-1010 Wien, Tel. +43 1 524 93 77, Erscheinungsort: Wien, ZVR: 873642346, Für den Inhalt verantwortlich: Markus Piringer (ÖKOBÜRO), Manuel Graf (GLOBAL 2000), Heinz Högelsberger (GLOBAL 2000), Jurrien Westerhof (Greenpeace CEE), Melissa Tauber (die umweltberatung österreich), Hanns Moshammer, Hans-Peter Hutter, Peter Wallner (AeGU), Wolfgang Pekny (Plattform Footprint), Text und Lektorat: Astrid Breit, Redaktion: Gabriele Pekny, Layout: Hannes Hofbauer, Bildbearbeitung: Steve Wyckoff, Fotos: iStockphotos (Cover, S.4 – S.12), shutterstock (S.7). Gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ – Druckerei Janetschek GmbH, UWNr. 637. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Einleitung

Im Kampf gegen die Herausforderungen aktueller Krisenerscheinungen, wie etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Klima- und Energiekrise und die soziale Krise, müssen soziale und ökologische Anliegen miteinander in Einklang gebracht werden. Bisher laufen Diskussionen und Erkenntnisprozesse aber parallel und fast ohne jede Beziehung zueinander ab. Schlimmer noch: Häufig werden soziale und ökologische Anliegen als Gegensatz gesehen. Eine gute, zukunftsfähige Klima- und Umweltpolitik kann jedoch nur gemeinsam mit einer ebenso guten Sozialpolitik funktionieren.

Wie diese beiden Politikfelder miteinander verschränkt sind, soll in dieser Broschüre aufgezeigt werden. Gesellschaftlich relevante Themen wie etwa Energie, Ernährung und Beschäftigung wurden ausgewählt und im Zuge eines mehrmonatigen Diskussionsprozesses von Teams aus VertreterInnen der Umwelt- und Sozial-NGOs bearbeitet.

Die Umwelt schützen, heißt den Menschen respektieren

Die Broschüre stellt ein vorläufiges Ergebnis eines Diskussionsprozesses dar. Die Ergebnisse dieses inhaltlichen Austausches haben keinen Anspruch darauf, eine fertige Lösung der anstehenden Probleme zu sein. Sie sind vielmehr als Mosaiksteine zu verstehen, welche ein noch unvollständiges Bild einer Entwicklung in Richtung einer zukunftsfähigen Gesellschaft skizzieren. Die Ergebnisse sollen als Anstoß zur Diskussion und Weiterentwicklung, zur Zusammenarbeit zwischen den betreffenden AkteurInnen und zur Umsetzung konkreter Projekte dienen.

Teil eins der Broschüre beleuchtet soziale Blickwinkel auf gesellschaftlich relevante Themen. Im vorliegenden Teil zwei werden dieselben Themen aus ökologischem Blickwinkel erörtert. Der Mittelteil der Broschüre stellt eine Synthese beider Teile dar und formuliert gemeinsame umwelt- und sozialpolitische Anliegen.

Ernährung

Was wir essen, beeinflusst nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Umwelt und das Klima. In den Industrieländern kommen rund 20 Prozent der CO₂-Emissionen aus dem Bereich Lebensmittelproduktion und -transport – Tendenz steigend. KonsumentInnen können diesen Anteil durch die Veränderung ihrer persönlichen Ernährungsgewohnheiten reduzieren, doch fehlt dazu teilweise das Wissen über die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Klimaerwärmung. Was kennzeichnet die klimafreundliche Ernährung?

Saisonal – regional – biologisch

Beim Einkauf sollte auf die Jahreszeit und die Herkunft der Produkte geachtet werden. Saisonales Obst und Gemüse sind zu bevorzugen. Produkte, die in unserer Klimazone während der jeweiligen Jahreszeit im Freiland ausreifen, brauchen weniger Produktionsenergie und verursachen weniger Transportwege. Einen noch größeren Beitrag zum Klimaschutz leistet, wer zu biologisch erzeugten Produkten greift. Die biologische Landwirtschaft verbraucht um ein Drittel weniger Primärenergie als die konventionelle – die Treibhausgas-Emissionen sind um bis zu 50 Prozent geringer. Der Verzicht auf leichtlösliche Mineraldünger und chemisch-synthetische Pestizide bedeutet einen geringeren Rohstoff- und Energieverbrauch

und eine deutlich geringere Nitrat- und Pestizidbelastung von Boden und Grundwasser. Bio-Produkte garantieren zusätzlich artgerechte Tierhaltung.

Tierisch gut?

Durchschnittlich verzehren die ÖsterreicherInnen laut aktuellem Ernährungsbericht 112 Gramm Fleisch und Wurst pro Tag. Ernährungsfachleute raten zu maximal 500 Gramm pro Woche. Diese Empfehlung ist neben den gesundheitlichen Vorteilen auch gut fürs Klima, denn die Tierhaltung produziert 85 Prozent der Methan-Emissionen der gesamten österreichischen Landwirtschaft.

Qualität vor Quantität

Heimische Produkte aus biologischem Landbau sind nicht immer die günstigste Wahl aber aus ökologischer Sicht die beste. Ein Bio-Schnitzel ab und zu ist eine sinnvollere Investition als täglich Billig-Fleisch.

PARADEISER	CO ₂ – Äquivalente (g) pro kg Ertrag
Freiland konventionell	86
Freiland biologisch	34
Tunnel warm konventionell	9.305
Tunnel warm biologisch	9.270
Treibhaus konventionell	1.567
Treibhaus biologisch	1.538

Klima

Klimawandel findet statt. Seit Anfang des letzten Jahrhunderts ist die globale Durchschnittstemperatur um 0,8 Grad gestiegen. In den Alpen beträgt der Anstieg bereits 1,8 Grad. Ohne umfassende Klimaschutzbemühungen droht bis Ende des 21. Jahrhunderts ein Anstieg der globalen mittleren Temperatur um bis zu 6,4 Grad. Eine Anpassung ist – sowohl für Tiere, Pflanzen als auch für uns Menschen – nur sehr beschränkt möglich.



Die Verbote eines verschärften Klimawandels sind bereits heute unübersehbar. Wetterextreme wie Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen nehmen zu, Gletscher schmelzen und die schneebedeckten Winterlandschaften werden kleiner. Zukünftig sind mehr als eine Million Tierarten vom Aussterben bedroht (in Österreich zum Beispiel das Murmeltier), müssen über 600 Millionen Menschen den Anstieg des Meeresspiegels fürchten und wird eine Ausbreitung von Schädlingen und Krankheiten erwartet. Die sozialen Folgen sind Hunger, Unterentwicklung, Migrationsdruck und Tote. Bereits heute wird die Zahl der Klimaopfer auf 300.000 geschätzt.

Die Hauptursache für den Klimawandel liegt in der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas für Wärme, Strom und Mobilität. Hinzu kommen die Emissionen bei

der (industrialisierten) Landwirtschaft sowie die Abholzung von Wäldern. Die Verteilung von Ursachen und Folgen ist dabei äußerst ungerecht. Während der industrialisierte Norden seinen Reichtum auf dem Verbrauch fossiler Energien aufbaut, werden die negativen Auswirkungen des Klimawandels in den Ländern des Südens deutlich stärker zu spüren sein. Gerade diesen Ländern fehlen darüber hinaus die finanziellen Mittel, um notwendige Anpassungsmaßnahmen zu treffen. Dabei gehört Österreich klar zu den Klimasündern. Mit einem jährlichen Ausstoß von rund 11,5 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Kopf liegen Herr und Frau Österreicher klar über dem EU-Schnitt und noch deutlicher über den Emissionen der viel gescholteneren Länder China (mit rund 5,5 Tonnen CO₂-Äquivalenten) oder Indien (mit rund 1,7 Tonnen CO₂-Äquivalenten).

Energie

Wenn die Berechnungen der Ölindustrie stimmen, wird bis Ende 2010 der Höhepunkt der Erdölförderung erreicht. Danach wird allmählich weniger Öl gewonnen werden. In der Folge werden die Ölpreise steigen und die Gas- und Kohlepreise werden nachziehen. Die Ausgaben für Energie werden somit für viele höher werden, und die Anzahl der Menschen, die sich das Heizen oder Mobilität nicht mehr leisten können, wird zunehmen. Kurzfristig kann man solche Probleme über Heizkostenzuschüsse oder PendlerInnenpauschalen lösen, aber auf Dauer ist ein Ausstieg aus fossilen Energien die einzige nachhaltige Lösung dieses Problems.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat ein Szenario entwickelt, das zeigt, wie so ein Ausstieg funktionieren

kann. Im Greenpeace-Modell wird kräftig in erneuerbare Energien und in Energiesparmaßnahmen investiert. Dadurch werden bereits bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 60 Prozent verringert und insgesamt 13.500 Milliarden Euro Energiekosten gespart. Es ist also nicht nur technisch möglich, sondern es zahlt sich auch wirtschaftlich aus. Denn während Öl, Gas und Kohle immer teurer werden, sind Wind und Sonnenenergie auch in Zukunft gratis.

Der Ausstieg erfordert jedoch große Investitionen – sowohl in Energiesparmaßnahmen als auch in den Ausbau von erneuerbaren Energien. Aber gerade jetzt, in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession würden sich diese mehrfach auszahlen: Etwa durch Wärmedämmungsmaßnahmen oder die Installation von Sonnenkollektoren könnte man viele Arbeitsplätze schaffen.

Warum geschieht das aber nicht schon längst in Österreich? Während hier 100 Millionen Euro für Wärmedämmung zur Verfügung stehen, die bereits ausgeschöpft sind, werden bis 2014 sagenhafte 22,5 Milliarden in Infrastruktur-Großprojekte investiert. Dabei schaffen Investitionen im Wohnbau etwa doppelt so viele Jobs wie Investitionen im Autobahnbau. Eine zukunftsweisende Politik sieht also anders aus.



Mobilität

Treibhausgase. In Bezug auf Treibhausgase ist der Verkehrsbereich jener Sektor mit den höchsten Zuwachsraten und einem Anteil von 28 Prozent am gesamten CO₂-Ausstoß Österreichs (Stand 2007). Obwohl die öffentlichen Verkehrsmittel rund ein Drittel der Verkehrsleistung in Österreich erbringen, ist ihr Anteil an den CO₂-Emissionen mit nur rund vier Prozent sehr gering.



Feinstaub, Ozon und Co. In den Städten ist das zu mehr als der Hälfte vom Straßenverkehr verursachte Feinstaubproblem am größten. Ein erheblicher Anteil geht dabei auf Dieselruß zurück, der Rest auf Abrieb von Reifen, Bremsen und Straßen, sowie Aufwirbelungen. Dass die Feinstaubkonzentration im Winter besonders hoch ist, liegt an der zusätzlichen Belastung durch Streusplitt und Heizungen. Im Durchschnitt verkürzt Feinstaub die Lebenserwartung der Menschen in Österreich um neun Monate.

Bodennahes Ozon wiederum entsteht durch Sonneneinstrahlung – daher hauptsächlich im Sommer – aus den so genannten Vorläufersubstanzen wie Stickoxide und Kohlenwasserstoffe. An den Stickoxiden hat der Straßenverkehr mit mehr als der Hälfte den Löwenanteil. Wieder sind dieselbetriebene Fahrzeuge die größten Schadstoffschleudern.

Lärm. Im Jahr 2007 fühlten sich mehr als ein Drittel der ÖsterreicherInnen durch Lärm gestört. In zwei Dritteln aller Fälle war Verkehr der Verursacher. Doch Lärm ist nicht nur eine Störung, sondern er stresst und macht krank.

Flächenverbrauch. Österreichs Verkehrsinfrastruktur verschlingt eine Fläche, die in etwa der Größe Vorarlbergs entspricht. 96 Prozent davon gehen auf das Konto von Straßen und nur zwei Prozent auf jenes von Schienen. Jeder Quadratkilometer Österreichs wird durchschnittlich von drei Kilometern Straße durchkreuzt.

Außerdem macht eine autozentrierte Verkehrspolitik unseren Straßenraum für andere Nutzungen unmöglich, unattraktiv oder unsicher. Denn wo ein Parkplatz ist, kann kein Spielplatz entstehen. Wo viele Autos fahren, macht gehen und Rad fahren keinen Spaß. Eine negative Spirale setzt sich in Gang, die es zu durchbrechen gilt.

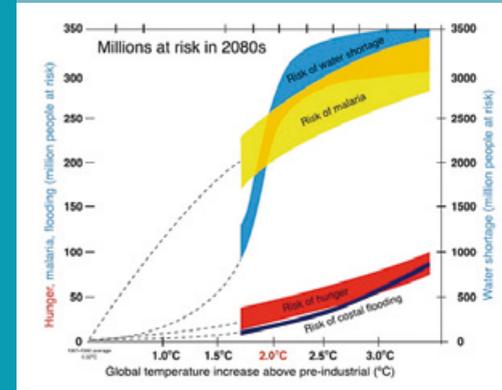
Migration und Flucht

Wir stehen heute erst am Anfang der Umweltflüchtlingsproblematik. Das UNO-Klimagremium IPCC hat berechnet, wieviele Menschen von einem globalen Temperaturanstieg zur Flucht gezwungen sein werden. Die Ergebnisse sind alarmierend: Bis zum Ende dieses Jahrhunderts werden mehrere 100 Millionen Menschen durch Hunger, Überschwemmungen und Ausbreitung von Krankheiten dazu gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen.

Noch weitaus schlimmer sind jedoch die Auswirkungen einer Verschiebung der Klimazonen. Steigen die Temperaturen um 2 Grad an, werden schätzungsweise drei Milliarden Menschen von Trinkwasserknappheit bedroht. Wer kein Wasser hat, muss ebenfalls fliehen.

Wie hoch die Anzahl der Betroffenen tatsächlich sein wird, hängt davon ab, wie stark die Temperaturen ansteigen. Gelingt es uns, den Anstieg auf 1,5 Grad

Fig. 1: Anzahl der vom Klimawandel Betroffenen im Verhältnis zum Temperaturanstieg (Quelle: IPCC)



zu beschränken, sind unsere Chancen groß, dessen Folgen zu bewältigen. Dazu müssen wir aber die Treibhausgas-Emissionen schnell und stark reduzieren. Gelingt das nicht, sieht es für uns nicht gut aus. Die neuesten Szenarien rechnen im schlimmsten Fall mit 6,4 Grad Temperaturanstieg bis 2100. Damit würden wir meilenweit außerhalb der Bandbreite der Temperaturschwankungen liegen, die es gegeben hat, seit es auf der Erde Menschen gibt. Über die Folgen davon kann man nur Vermutungen anstellen. Sicher ist: Wir müssen alles daran setzen um zu vermeiden, dass es so weit kommt. Und reiche Industrieländer müssen Geld bereitstellen, um den armen Ländern zu helfen. Denn diese haben das Problem nicht verursacht, sind aber umso stärker mit den Folgen konfrontiert.



Gesundheit

Von Hanns Moshhammer,
Hans-Peter Hutter
und Peter Wallner

Armut, Krankheit und Umweltschäden bedingen und verstärken einander gegenseitig. Daran zu erinnern, ist gerade in Zeiten dringend notwendig, in denen „Gesundheit“ zu einem Geschäft der Gesundheitsindustrie geworden ist und Krankheit wieder verstärkt als persönliches Versagen gebrandmarkt wird.

Hier soll nicht die Verantwortung des Einzelnen für seine Gesundheit bestritten werden, es muss aber betont werden,

dass gesundheitsförderndes Verhalten nur in gesundheitsfördernden Verhältnissen möglich ist. Diese zu schaffen bzw. zu erhalten, sind sowohl Politik als auch Wirtschaft aufgrund ihrer wichtigen Einflussmöglichkeiten aufgerufen.

Es ist schon lange bekannt, dass die gesellschaftliche Zugehörigkeit wesentlich die Krankheitsrisiken mitbestimmt. Doch ist dieser Sozialstatus nicht nur eine von der Umweltqualität unabhängige die Gesundheit beeinflussende Störgröße, sondern er wirkt mit den Umweltbelastungen zusammen und bestimmt im Wechselspiel mit diesen die Gesundheit. Ein relativ neues Beispiel dafür stammt aus der Klimaforschung in Wien (StartClim 2008): Niedrige Immobilienpreise im Durchschnitt Wiener Bezirke (als Maß für den relativen Wohlstand des Bezirks) hängen eng mit der durchschnittlichen Lebenserwartung zusammen (siehe Abbildung). Im Zuge von StartClim konnte unter anderem gezeigt werden, dass das gesteigerte Sterberisiko während Hitzeepisoden gerade in jenen ärmeren oder billigeren Bezirken am stärksten erhöht ist: Diese Menschen haben nicht nur von vorne herein eine kürzere Lebenserwartung, sondern sie leiden auch überproportional an den schädlichen Einflüssen von Umweltbelastungen.

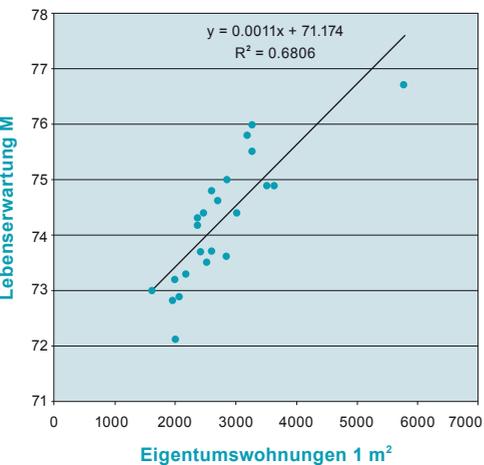


Abb.: Durchschnittliche Lebenserwartung der Männer und durchschnittliche Immobilienpreise (Eigentumswohnungen pro m²) in den 23 Wiener Bezirken: der Unterschied in der mittleren Lebenserwartung zwischen „billigstem“ und „teuerstem“ Bezirk.

Bildung

Von Markus Piringer



ändern und modellieren zu können. Dabei sollen verstärkt soziale und emotionale Fähigkeiten, sowie das Reflexionsvermögen geschult werden. Eine dementsprechende Pädagogik fördert die Teilnahme, das selbstorganisierte Lernen und verschiedene Wahrnehmungs- und Erfahrungsmöglichkeiten. Sie beschränkt sich nicht auf Ökologie, sondern orientiert sich an Entwicklung und Veränderung und bezieht auch Ökonomie, Politik und Kultur mit ein.

Im Zusammenhang mit der Frage nach Anknüpfungspunkten zwischen sozialen Anliegen und Umweltschutz ist auch die Auseinandersetzung mit „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BINE) relevant. In Mitteleuropa wird BINE weitgehend mit Bewusstseinsbildung für die Begrenztheit der ökologischen Tragfähigkeit, mit globaler Gerechtigkeit und damit mit einer Bildung zu Wertebewusstsein in Verbindung gebracht. Weltweit steht BINE dagegen vor allem für den Kampf gegen den Analphabetismus, die Vermittlung von grundlegendem Wissen über gesundheitliche Fragen und dem allgemeinen Zugang zur Bildung für Frauen.

Eine zentrale Rolle in der aktuellen europäischen Diskussion um BINE spielt die so genannte „Gestaltungskompetenz“, also jene Fähigkeit, die Zukunft der Gesellschaft, in der man lebt, aktiv im Sinne nachhaltiger Entwicklung zu ver-

BINE hat in der österreichischen Praxis einen Schwerpunkt auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen, spielt aber auch in der Erwachsenenbildung eine Rolle. In Form von Projektarbeit fließt BINE in formaler Schulbildung ein. Ein zweites wichtiges Standbein ist die informelle Bildung. Umwelt-NGOs verfügen über vielfältige Bildungsangebote im Umwelt- und Naturschutzbereich. Die Aktivitäten reichen von Erlebnis- und Outdoor-Pädagogik über die Vermittlung von naturbezogenem Fachwissen und wissenschaftlichen Methoden, praxisorientierten Workshops und berufsbezogener Qualifizierung bis hin zu konkreten Arbeitserfahrungen, wie etwa auf Umwelbaustellen. Die Bandbreite möglicher Aktivitäten erlaubt die Integration von Jugendlichen und Erwachsenen mit durchaus unterschiedlichen Interessen und Fähigkeiten.

Arbeitsmarkt

Die aktuelle Wirtschaftskrise führt zu einem dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Der derzeitige wirtschaftliche Einbruch ist allerdings nicht die einzige Krise der industrialisierten Wirtschaft. Noch grundlegendere Probleme stellen der Klimawandel und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe dar. Es bedarf eines fundamentalen Umbaus unserer Wirtschaftssysteme hin zu einem geringeren Verbrauch an Energie und Rohstoffen und zur verstärkten Nutzung von erneuerbarer Energie.

Die notwendige Umstellung auf ressourcenschonende Versorgungssysteme und erneuerbare Energie hat sicherlich große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – jedoch durchaus positive. Das Lebensministerium rechnet mit 50.000 bis 75.000 neuen Jobs bis 2020 durch die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger auf 34 Prozent (Quelle: BMLFUW). Durch die Politik der Europäischen Union, welche darauf abzielt, 20 Prozent ihrer Energie bis 2020 aus erneuerbaren Quellen zu decken, können europaweit 2,8 Millionen Arbeitsplätze in diesem Sektor entstehen (Quelle: Europäische Kommission).

Der wirtschaftliche Umbau stellt uns vor bildungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen: Welche Maßnahmen sind notwendig, um die für eine Umstel-



lung auf eine klimaschonende Wirtschaftsweise erforderlichen Arbeitskräfte bereitstellen zu können? Welche Weiterbildungs- und Umschulungsangebote müssen gesetzt werden?

Der Umbau auf eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise bedeutet eine große Anstrengung für unsere Betriebe und auch für die ArbeitnehmerInnen. Er bietet aber im Gegensatz zum „business as usual“ die Perspektive auf dauerhaften Wohlstand.

Klimapolitik muss berechenbare Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen. Eine Integration der Politikbereiche kann wirtschafts- und beschäftigungspolitische Zielsetzungen mit ehrgeizigen Umweltzielen vereinbaren. In diesem Zusammenhang sind die Lissabon-Strategie und die erneuerte Nachhaltigkeits-Strategie der EU von großer Bedeutung.

Verteilungsgerechtigkeit

Noch nie in der Geschichte der Menschheit waren so viele Menschen reich an Gütern, und zugleich so viele bitterarm. Bald eine Milliarde Menschen gilt laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) als kritisch unterernährt und zugleich ist Fettsucht im reichen Viertel bereits eine Volksseuche. Die Ausgaben für Abmagerungskuren und Schlankkeitspillen übersteigen längst die Mittel der Welt-Hungerhilfe.

Ungerechtigkeit im Zugang zu Gütern und Genüssen innerhalb von Gesellschaften und zwischen Völkern ist kein neues Phänomen. Neu ist, dass sich diese Ungerechtigkeit nun auch auf die zukünftigen Generationen überträgt. Erstmals in der Zeitgeschichte könnten die Kinder schlechtere Chancen haben als ihre Eltern.

Berechnungen des ökologischen Fußabdrucks für das Jahr 2008 zeigen, dass die Menschheit bereits 1,4 Planeten in Anspruch nimmt, hauptsächlich durch den verschwenderischen Konsum der „Global Consumer Class“, die nur aus etwa einem Viertel der Menschheit besteht. Diese hat jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt – auf Kosten der restlichen drei Viertel der Menschheit, auf Kosten der Natur und auf Kosten der Zukunft.

Nun funktioniert auch die Verteilung innerhalb der „reichen“ Länder nicht mehr. Die Klima-, Finanz-, Wirtschafts-,

Wasser-, Öl-, Hunger- und weitere Krisen sind alle Symptome des gleichen Phänomens: Unsere Erde ist uns zu klein geworden. Würden alle Menschen dieser Erde so verschwenderisch leben wie wir in Europa, so bedürfte es fast dreier Planeten von der Qualität der Erde.

Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien sind absolut notwendige, wichtige Schritte, werden aber nicht ausreichen, die zusätzlichen Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Die Begrenztheit der Erde und des klassischen Wachstums setzt der profit- und zinsgetriebenen Wachstumswirtschaft ein Ende.

Und dennoch: Selbst auf der klein gewordenen Erde müsste kein Kind hungern und müssten keinem Menschen die grundlegenden sozialen Rechte vorenthalten werden.



An der Umsetzung der Broschüre beteiligte Umweltorganisationen

ÖKOBÜRO – Koordinationsstelle österreichischer Umweltorganisationen und die Mitgliedsorganisationen des ÖKOBÜROs:



GLOBAL 2000
Die österreichische Umweltschutzorganisation



Greenpeace CEE



die umweltberatung österreich



AeGU – Ärztinnen und Ärzte
für eine gesunde Umwelt



Plattform Footprint

www.oekobuero.at

Mit Umweltschutz Armut bekämpfen, mit Armutsbekämpfung die Umwelt schützen!

Die Zeit ist reif für eine bessere Verknüpfung der Umwelt- und Sozialpolitik. Gerade bei Themen wie Arbeitsmarkt, Energiekosten oder Wohnen gibt es sehr viele gemeinsame Interessen. Diese wurden von sämtlichen AutorInnen der Broschüre herausgearbeitet und in den folgenden Seiten zusammengefasst. Die Ergebnisse sollen kein fertiges Lösungskonzept darstellen, sondern als Anstoß zur Diskussion und Ausgangspunkt zur Vertiefung und Weiterentwicklung dienen.

Verknüpfung ökologischer und sozialer Anliegen

In der Öffentlichkeit und in der Politik wird die Wirtschafts- und Finanzkrise als vordringliches Problem wahrgenommen. Die soziale Sicherheit erscheint gefährdet. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und gerechter Verteilung von Wohlstand wurde jedoch schon in wirtschaftlich gedeihenden Zeiten widerlegt. Das Versprechen „Wohlstand durch Wachstum“ klingt nahezu absurd, wenn man an die südliche Erdhalbkugel denkt. Das Motto „Mehr vom Selben“ im Hinblick auf Finanz- und Wirtschaftspolitik kann die anstehenden Probleme nicht lösen, denn die wirtschaftliche Krisenerscheinung ist nur eine von mehreren, mit denen wir zurzeit konfrontiert sind.

Wir stehen vor großen globalen Umwälzungen. Die Grenzen des Wachstums durch die ökologische Tragfähigkeit der Erde auf der einen Seite und die ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen auf der anderen Seite erfordern eine grundlegend neue Ausrichtung von Politik und Wirtschaftsweise.

Für den erforderlichen Systemwandel brauchen wir Lösungsansätze, welche ökologische und soziale Problemstellungen mit einander verbinden und ergänzende Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Diese konnten im Zuge der Diskussionen zwischen ökologischen und sozialen NGOs auf zwei Ebenen gefunden werden:

- Umsetzung von Sofortmaßnahmen, die unmittelbar ökologisch, sozial und ökonomisch positive Wirkung zeigen. Diese reichen aber für eine längerfristige Problembewältigung und die notwendige Neuausrichtung der Gesellschaft nicht aus.
- Ausgestaltung und Umsetzung komplexer und struktureller Maßnahmen, die unterschiedliche Politikbereiche einbeziehen. Diese sind ebenso dringend wie die Sofortmaßnahmen, in der Umsetzungsdauer jedoch auf längere Zeithorizonte ausgerichtet.

Beide Lösungsansätze werden hier mit Beispielen unterlegt, welche auf Basis der Auseinandersetzung mit den ökologischen und sozialen Perspektiven in den vorangehenden Kapiteln erarbeitet wurden.



Sofortmaßnahme: Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln anstelle von Straßen- und Automobilität

Der Autoverkehr stößt einen unverhältnismäßig großen Anteil an CO₂ aus, ist ein wesentlicher Verursacher von Feinstaub, Stickoxiden und bodennahem Ozon und hat daher negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Zusätzlich dazu ist der Straßenverkehr wesentliche Ursache für die Versiegelung von Naturflächen und die damit einhergehenden ökologischen Schäden.

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung zur persönlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entfaltung des Menschen. Mobilität ist notwendig, um den Menschen Zugang zu Bildung, Arbeit, sozialen Kontakten und Gesundheitsdiensten zu ermöglichen. Insbesondere Einkommensschwächere haben es aber schwerer, mobil zu sein. 60 Prozent der Haushalte mit niedrigstem Einkommen besitzen keinen PKW, bei Armutsbetroffenen geht der Autobesitz gegen Null. Im Vergleich dazu besitzen jene Haushalte mit dem höchsten Einkommen zu 96 Prozent einen oder mehrere PKW (Quelle:VCÖ). Staatliche Ausgaben zur Förderung der PKW-Infrastruktur kommen also in erster Linie den Wohlhabenden zugute. Da der öffentliche Verkehr den größten Anteil der zurückgelegten Kilometer im untersten Einkommensviertel ausmacht, kommt einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz die Rolle eines sozialen Netzes zu. Der öffentliche Verkehr hat eine große Bedeutung als Mittel gegen Mobilitätsarmut. Weiters reduzieren Öffis die

Umweltbelastung Armutsbetroffener, die überproportional häufig an den Routen des Großverkehrs leben müssen. Die ärmere Bevölkerung zu motorisieren, um ihre Bewegungsfreiheit zu erhöhen, würde nur ihre Umweltbelastung erhöhen. Die Erweiterung der Mobilitätschancen muss hier stattdessen mit leistbarem öffentlichen Verkehr, der Aufwertung des Nahraums und sozialer Infrastruktur erfolgen.

Mobilitätsgrundsicherung bedeutet Infrastruktur und Zugang für alle. Um Mobilität für Menschen mit wenig Geld zu ermöglichen, sind der Linzer Aktivpass oder der Wiener Mobilitäts-pass erste wichtige Schritte. Es geht darum, Mobilitätsarmut und Umweltbelastung zu bekämpfen. Dann kann es für alle mehr Bewegungsfreiheit und eine lebenswerte Umwelt geben.

Ökologische und soziale Win-Win-Situation mit positiven Effekten auf:

- Umweltschutz: weniger Flächenversiegelung & Schadstoffe
- Klimaschutz: weniger CO₂-Emissionen
- Verteilungsgerechtigkeit: Verringerung von Mobilitätsarmut
- Gesundheit: insbesondere von Armutsbetroffenen, die häufig entlang stark befahrener Straßen wohnen
- Schaffung von Arbeitsplätzen

Sofortmaßnahme: Thermische Sanierung

Obwohl es in Österreich rund 1,5 Millionen schlecht gedämmte Wohnungen und Häuser gibt, wird viel zu wenig Geld in thermische Sanierung investiert. Mit der Aufstockung der Mittel auf eine Milliarde Euro würde nicht nur die Sanierungsrate von einem auf drei Prozent ansteigen, sondern auch ein Investitionsvolumen von mehreren Milliarden Euro ausgelöst werden. Dieses Geld flösse direkt in die heimische Wirtschaft und somit in die Schaffung heimischer Arbeitsplätze. Es würde also nicht nur der CO₂-Ausstoß stark verringert, sondern es entstünden auch 11.000 neue Arbeitsplätze.

Arme Menschen leben häufig in Mietwohnungen. Auch für sie muss es ein Recht auf thermische Sanierung geben. In diesem Zusammenhang ist die soziale Ausgestaltung der Maßnahmen wichtig, damit Investitionskosten nicht auf die MieterInnen abgewälzt werden können.

Mittelfristig muss die Wohnbauförderung stärker ökologisiert und Subjektförderung zugelassen werden. Das so genannte „Contracting“, bei dem die Investitionskosten durch den geringeren Energieverbrauch refinanziert werden können, soll für sozial Benachteiligte und Einkommensschwache nutzbar gemacht werden. In einem groß angelegten Programm müssen Wärmedämmung und Sanierungsmaßnahmen in allen Sozial- und Gemeindebauten Österreichs umgesetzt und energieun-

abhängige Sozialbauten und -siedlungen geschaffen werden.

Ökologische und soziale Win-Win-Situation mit positiven Effekten auf:

- Klimaschutz: weniger CO₂-Emissionen
- Verteilungsgerechtigkeit: Verringerung der Energiekosten für einkommensschwache Haushalte
- Schaffung von Arbeitsplätzen



Sofortmaßnahme: Energie-Umstiegsförderung & Tarifmodelle

Einkommensschwache sitzen in der Energiearmutsfalle, denn sie haben kein Geld, um notwendige Investitionen zu tätigen. Wichtig wäre es, Betroffene beim Umstieg auf nachhaltige und auf Dauer günstigere Energieformen, sowie bei Maßnahmen für einen geringen Energieverbrauch zu unterstützen.

Kurzfristig heißt das, den Heizkostenzuschuss in eine echte Grundsicherung einzubinden, österreichweit zu vereinheitlichen und mit Investitionen in Energiesparmaßnahmen zu verbinden. Es muss eine Energieberatung geben, die alle – nicht nur die Mittelschichten – erreicht. Es geht um den Austausch von Ölheizungen, die Installierung von thermischen Solaranlagen, den Anschluss an Fernwärmenetze und die Förderung energieeffizienter Haushaltgeräte. Weiters muss Ratenzahlung auch bei bestehender Schuldenlast möglich sein, Vorschreibungen dürfen nicht mehr quartalsweise erfolgen, sondern monatlich und die Ab- und Anschaltkosten für Strom und Gas müssen österreichweit in Einklang gebracht und herabgesetzt werden.

Die Tarifmodelle der Strom- und Gaswirtschaft führen dazu, dass sparsame KundInnen unverhältnismäßig mehr zahlen

als EnergieverschwenderInnen. Hier muss es durch Verringerung der Grundgebühren und relative Anhebung der Verbrauchskosten zu einer Umkehrung kommen. Einer eventuellen Benachteiligung von kinderreichen Familien wäre mit entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen – etwa durch die Kinderbeihilfe – gegenzusteuern.

Aber Achtung: Niemand ist wegen der Heizkosten arm. Die Gründe der Armutsproduktion liegen in der Wirtschafts-, Steuer-, Bildungs- und Beschäftigungspolitik. Trotzdem sind Energiekosten aber ein massives Problem, wenn man kein Geld hat.

Ökologische und soziale Win-Win-Situation mit positiven Effekten auf:

- Klimaschutz: weniger CO₂-Emissionen
- Verteilungsgerechtigkeit: Verringerung der Energiekosten für einkommensschwache Haushalte
- Schaffung von Arbeitsplätzen

Umdenken bei Klimaschutz und Migration

Alles Handeln hat irgendwo auf der Welt Auswirkungen. Daher sollte, was alle betrifft auch von allen bestimmt werden können. Es ist jedoch nicht nur der Zugang zu den Ressourcen extrem ungleich verteilt, sondern auch der Zugang zu Entscheidungsmöglichkeiten.

Klimaschutz

Besonders augenfällig ist das globale Missverhältnis zwischen Verursachenden und Betroffenen beim Klimaschutz. Der Klimawandel und seine Folgen stellen uns aber auch vor wesentliche Fragen der Gerechtigkeit: Wer ist TäterIn, wer ist Opfer? Wer haftet für die Treibhausgasemissionen aus der Vergangenheit? Dürfen wir Entwicklungsländern vorschreiben, unsere Fehler nicht zu kopieren? Und wer zahlt die Hilfe für arme Staaten, die erstens selber keine Mittel haben und zweitens den Klimawandel nicht verursacht haben?

Eines ist klar: Diejenigen, die am wenigsten am Klimawandel ändern können, werden am heftigsten mit dessen Folgen zu kämpfen haben. Neben einer wirksamen Klimapolitik brauchen wir darum vor allem Geld: Geld für Deiche in Bangladesch, Geld für Waldschutz im Kongo und Geld für die Umsiedelung der BewohnerInnen von untergehenden Inseln im Pazifik.

Sobald die CO₂-Emissionszertifikate für die Industrie nicht mehr gratis verteilt, sondern versteigert werden, sollen die Einnahmen dazu verwendet werden, die Töpfe mit Hilfgeldern zu füllen. Denn zu Recht gilt bei Umweltschäden das Prinzip, dass die VerschmutzerInnen für die Folgen der Verschmutzung bezahlen – die gleiche Regel soll auch beim Klimawandel gelten.

Migration

Dauerhafte Migration ist für das Aufnahmeland auf längere Sicht nichts anderes als eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Eine zielorientierte Politik richtet sich nach den demografischen Eigenschaften der Bevölkerung aus. Die Harmonisierung von Sozialsystemen hin zu einem „transnationalen Wohlfahrtsstaat“ würde den MigrantInnen das Leben erleichtern, da ihre Ansprüche beim Wechsel von einem Sozialsystem ins andere mitgenommen werden könnten.

Wenn der Anspruch einer demokratischen Gesellschaft aufrecht erhalten werden soll, muss der höheren Mobilität Rechnung getragen und die Ausübung von politischen und sozialen Rechten stärker an den Aufenthalt gebunden werden. Und anerkannte Fluchtgründe sollen den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und Flucht aus wirtschaftlichen Zwangslagen in einer ergänzenden Wiener Konvention als schutzwürdig festgeschrieben werden.

Umdenken bei Gesundheit

Armut, Krankheit und Umweltschäden bedingen und verstärken einander gegenseitig. Daran zu erinnern ist gerade heute dringend notwendig, wo „Gesundheit“ zu einem Geschäft der Gesundheitsindustrie geworden ist und Krankheit wieder verstärkt als persönliches Versagen gebrandmarkt wird.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat sich zum Ziel gesetzt, jenes Erkrankungsrisiko, das von sozioökonomischen Bedingungen bestimmt wird, bis 2020 um 25 Prozent zu verringern. In acht europäischen Staaten sind bereits größere Programme zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit angelaufen: in Großbritannien, den Niederlanden, Spanien, Italien, Frankreich, Finnland, Litauen und Schweden. Gemeinsam ist allen Programmen, dass sie unterschiedlichste Politikfelder einbeziehen, mengenmäßige Zielvorgaben setzen und die Umsetzungsschritte bewerten. Die Maßnahmen sind gleichermaßen auf Armutsbekämpfung wie auf die Verbesserung individueller Lebensbedingungen, Gesundheitsverhalten und Gesundheitsversorgung gerichtet – also Verhältnis- und Verhaltensvorsorge in einem.

Wer mit Arbeitslosen zu tun hat, denkt an Bildung, Existenzsicherung, Wohnen, Familie und Gesundheit. Wer mit Gesundheitsfragen von Armutsbetroffenen zu tun hat, sorgt sich um Beschäftigung, schimmelfreie Wohnungen, Bildung, Erholungs-

möglichkeiten und das Freimachen von stressmachender Existenzangst – das heißt, er sieht den Menschen als Ganzes. Davon kann besonders die Politik lernen: Statt in einzelnen abgeschlossenen Bereichen sollte auch sie in Zusammenhängen denken: Gesundheitspolitik ist Wohnungspolitik, Bildungspolitik ist Sozialpolitik, Stadtplanung ist Integrationspolitik. Es geht um einen ganzheitlichen Ansatz.

Was Österreich dringend braucht, ist ein Aktionsplan „Gesundheit und Armut“ – für eine Gesundheitsstrategie und gegen den frühen Tod und das hohe Krankheitsrisiko Armutsbetroffener.



Umdenken bei Ernährung

Jeder Mensch hat das Recht auf eine ausreichende Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln. Das Streben nach Ernährungssicherheit für alle Menschen muss in Zukunft durch die Förderung von Ernährungssouveränität ergänzt werden.

Ernährungssouveränität bedeutet zum einen, dass sich die landwirtschaftliche Produktion nicht an Profitinteressen von Konzernen, sondern an den Bedürfnissen der Menschen – und der Umwelt – orientiert. Das heißt: sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft, die zum Erhalt der Kulturlandschaft beiträgt und die Vielfalt der Kultursorten bewahrt. Negative Umweltauswirkungen werden durch die Orientierung an den Richtlinien des Bio-Landbaus minimiert. Die LandwirtInnen erhalten einen fairen Preis für ihre Leistung bei der Lebensmittelproduktion und der Landschaftspflege. Bei der Versorgung der Bevölkerung wird auf den Vorrang des regionalen Marktes gesetzt.

Auf armutsbetroffene KonsumentInnen ausgeweitet, soll das Konzept der Ernährungssouveränität als Recht auf gesunde Ernährung entsprechend der eigenen Bedürfnisse und Vorlieben verstanden werden. Im Sinne verstärkter Regionalisierung gilt es ProduzentInnen und KonsumentInnen von Nahrungsmitteln zum Nutzen beider miteinander zu vernetzen.

Sofortmaßnahmen

Als Sofortmaßnahme könnten entsprechende sozial-ökonomische landwirtschaftliche Betriebe entwickelt, in Pilotprojekten umgesetzt und neue Vernetzungs- bzw. Vertriebsstrukturen erdacht werden, die gesunde Lebensmittel auch armutsbetroffenen Menschen zugänglich machen. Parallel dazu wäre die Direktvermarktung ohne Preisauflagen durch ZwischenhändlerInnen zu fördern, vor allem in Gebieten mit einer hohen Dichte an armutsgefährdeten Menschen, die sonst von der Versorgung über Diskonter abhängig sind.

Menschen, die keinen Grund besitzen, haben wenige Möglichkeiten sich selbst mit gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen. Es gilt Möglichkeiten zur teilweisen Selbstversorgung mit frischem Obst und Gemüse zu schaffen, durch kleine Selbsterntefelder, die zu besonders günstigen Konditionen gepachtet werden können.



Umdenken bei Bildung und Ausbildung

Bildung wird in der Gegenwart häufig mit einer Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt gleichgesetzt. Abgesehen davon, dass Ausbildungen heute immer weniger einen Arbeitsplatz garantieren können, greift ein solches Bildungsverständnis zu kurz und leistet keine Beiträge für einen Wandel in Richtung einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Ob nun Maßnahmen im Hinblick auf soziale Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung, Verschwendung von Umweltressourcen oder Ungleichheit im Zugang zu kostenlosen, qualitativ hochwertigen Umweltgütern ergriffen werden müssen – Voraussetzung dafür ist die politische Ausrichtung von Bildung im Sinne einer „Selbstaufklärung“.

Ziel der Bildung sollte sein, das Interesse an politischer Teilnahme zu wecken und zur Gestaltung der Verhältnisse zu befähigen.

Eine zukunftsfähige Bildungspolitik braucht daher:

1. Nicht mehr, sondern eine andere Bildung: Lehrende und Lernende sollten nicht mehr eine Gegensätzlichkeit darstellen,

sondern gemeinsam Inhalte erarbeiten. Niemand weiß heute, wie eine ökologisch nachhaltige und sozial integrationsfähige Gesellschaft aussehen kann. Dies erfordert das Aufgreifen aktueller Probleme und das Ansetzen an den Lebensrealitäten der Betroffenen. Die Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt ist zu hinterfragen und dem Ziel eines „Zugewinns für das Gemeinwesen“ mehr Bedeutung beizumessen.

2. Zugang zur Bildung erleichtern: Bildungseinrichtungen dürfen nicht ein Ort der Auslese und der Angst vor dem Scheitern sein. Daher müssen die Anforderungen verstärkt vom Blickwinkel der Betroffenen und nicht von jenem des Arbeitsmarktes bestimmt werden, der eine Auslese und Zugangshindernisse erforderlich macht.

3. Bildung am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ausrichten: Nachhaltigkeit muss in den Pflichtschulen und der Aus- und Fortbildung aller Berufszweige verankert werden.

4. Bildung am Wert von Demokratie ausrichten: Die oft sehr komplexen und langwierigen Lern- und Abstimmungsprozesse in politischen Fragen sollen in ihrer Qualität als Chance kollektiven Lernens erkannt werden können.

Umdenken bei Arbeitsmarkt & Verteilungsgerechtigkeit

Das oberste Ziel von Bildung darf nicht eine reibungslose Eingliederung und das Funktionieren auf dem Arbeitsmarkt sein. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss vielmehr im Dienste der Entfaltung des einzelnen Menschen, des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft und der ökologischen Tragfähigkeit der Erde stehen. Für den Umbau hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise ist es – im Sinne des sozialen Zusammenhalts – notwendig, alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten einzubinden.

Ein Arbeitsmarkt, wie er in der derzeitigen Form gestaltet ist, kann diese vielfältige Einbindung nicht ermöglichen. Care-Tätigkeiten, also jede Form von (Ver)sorgearbeit, muss ebenso wertgeschätzt werden wie klassische Erwerbsarbeit. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik muss neue Freiräume schaffen und den Erwerb neuer Fähigkeiten und Fertigkeiten ermöglichen.

Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die einen erweiterten Arbeitsmarkt schafft, in dem es genug Platz und existenzsichernde Erwerbsarbeitsmöglichkeiten für alle gibt: für Frauen und Männer und für Menschen, die teilarbeitsfähig oder -willig sind.

- Die Existenzgrundlagen für Bildungs-, Erwerbsarbeits- und Care-Tätigkeitsphasen müssen gesichert werden.
- Es muss ein erweiterter Arbeitsmarkt geschaffen werden, der dauerhafte geförderte Beschäftigung und flexible Brückenfunktionen in den ersten Arbeitsmarkt, Care-Tätigkeit, in Ausbildung oder die Pension ermöglicht.
- EU-Förderungen sollen verstärkt in lokalen, sozialen und ökologischen Infrastrukturaufbau investiert werden.
- Konjunkturpakete und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen die soziale und ökologische Trendwende fördern.
- Es muss verstärkt in Bildung und Weiterqualifizierung im Bereich von „grünen Jobs“ und im Pflege- und Sozialbereich investiert werden.

Grundsätzlich ist der Wechsel von einer individualistischen Lohnerwerbs- und Konsumgesellschaft hin zu einer sozialen und ökologischen Teilhabegesellschaft notwendig. Eine bessere Verteilung bringt mehr Lebensqualität für alle.



Mit Umweltschutz Armut bekämpfen, mit Armutsbekämpfung die Umwelt schützen!

Auf den Seiten des mittleren Teils dieser Broschüre wurden Ansatzpunkte zu einer Verknüpfung zwischen ökologischen und sozialen Anliegen dargestellt. Wir laden Sie ein, diese Ansätze in Ihre Arbeit zu integrieren, zu verbessern und in konkreten Projekten umzusetzen. Nur mit dem gemeinsamen Einsatz der Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, von Politik über Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft können wir uns erfolgreich den aktuellen Herausforderungen stellen.